

Thesen zur griechischen Krise

von Walter Baier

1. An eine Rückzahlung der griechischen Staatsschuld ist nicht zu denken. Das ist seit Bekanntwerden des wahren Ausmaßes klar. Wenn man weiß, dass für die zu, angeblich günstigen, 6,38 Prozent im März aufgenommenen 5 Milliarden Euro bis ins Jahr 2020 mit Zinsen und Zinseszinsen 9,5 Mia zu zahlen sein werden, leuchtet das sofort ein. Es geht nicht um das **Ob**, sondern nur um das **Wann** und das **Wie** einer Entschuldung. 20 Prozent, 30 Prozent sind in Diskussion. Selbst das ist aber illusorisch: Bei den 13 staatlichen Zahlungsausfällen zwischen 1998 und 2008 lagen die Quoten bei 50 Prozent. Trotzdem sind die Gläubiger an der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustands interessiert, weil sie daran gut verdienen, je länger desto mehr.

2. Über das strukturelle Problem, dass die griechischen Lohnstückkosten um 20 Prozent stärker gestiegen sind als in Deutschland und Österreich reden wir schon länger. Wir sollten das nicht nur „makroökonomisch“ sehen, sondern als Resultat gewerkschaftlicher Kämpfe. Von allem Anfang an war es Ziel bei der Einführung der Währungsunion, den gesamten ökonomischen Anpassungsdruck auf die Lohn- und Einkommenspolitik zu richten. Jetzt richtet sich diese geballte Macht von Finanzmärkten und Regierungen gegen diejenigen Länder, in denen Widerstand geleistet wurde. Was wir erleben, ist ein großangelegter Einschüchterungs- und Disziplinierungsversuch – mit gesamteuropäischer Dimension.

3. Die griechischen Sozialausgaben belaufen sich auf 60 Prozent der gesamten öffentlichen Aufwendungen. Das ist es, was als „über die Verhältnisse leben“, bezeichnet wird. Notorische Ineffizienz und Korruption der griechischen Verwaltung sind wohl eine Realität. Wer aber in der EU wollte da den ersten Stein werfen? Der Kern des Problems besteht darin, dass die diversen griechischen Regierungen die sozialpolitischen Zugeständnisse, zu denen sie durch sozialen Widerstand gezwungen waren, nicht durch Belastung des Kapitals finanziert haben, sondern durch Verschuldung. Auch dafür ist nicht ausschließlich der Opportunismus der Regierungen verantwortlich, sondern die Wirtschaftsverfassung der EU.

4. Die Verschuldung Griechenlands und anderer hat in der Tat ein in den gegebenen Rahmenbedingungen unverantwortbares Ausmaß überschritten. Dafür ist die Regierung des Landes verantwortlich. N i c h t w e n i g e r aber als diese sind es die Banken, die das Geld zu steigenden Zinsen ausgeliehen haben. Diese mögen sich gedacht haben, dass die EU Griechenland schon nicht hängen lassen wird. Nur, der Maastricht-Vertrag sieht bekanntlich Anderes vor, und so handelt es sich um den klassischen Fall einer Fehlspekulation, für den die Gläubiger gerade zu stehen haben. Um deren „unternehmerisches“ Risiko, das sie sich mit entsprechend hohen Zinsen abgelten ließen, geht es. Im Grunde stehen wir auch im griechischen Fall vor einer Spekulationsblase. Daher sind es aus einer linken Perspektive auch die Gläubiger, die vor allem, die in die Verantwortung zu nehmen sind, weil sie bislang an der griechischen Staatsschuld exzellent verdient haben.

5. Scheinbar befindet sich die EU bzw. die Regierungen in einer Doppelmühle: Sie können Geld in die Hand nehmen, um Griechenland zu sanieren. Diese „Sanierung“ heißt, dass Griechenland das Geld 1: 1 an die Banken weiterreicht. Indirekte Bankensanierung. Geschieht das, so werden sich die Finanzmärkte auf das nächste Opfer stürzen. Ein Fass ohne Boden. Oder Griechenland erklärt einseitig einen Zahlungsstopp, dann müssen EU und Regierungen Geld in die Hand nehmen, um die betroffenen Banken zu sanieren. Auch das droht sehr bald an die Grenzen der Finanzierbarkeit zu stoßen, macht aber auch sichtbar, worum es tatsächlich geht.

6. Daraus ergibt sich, dass die plausibelste Lösung in einer durch die EU politisch akkordierten Entschuldung besteht. Dafür sollten wir eintreten. Soweit es um die Effekte auf die Gläubigerbanken, . So sollte man sich an den Bankensektor selbst halten. Man könnte etwa einen durch eine Bankenumsatzsteuer vom gesamten Sektor finanzierten öffentlichen Fonds einrichten, um sie abzufangen. Das heißt, es geht nicht einfach um „tax payer's money“, sondern darum, für den Schaden diejenigen haftbar zu machen, die an ihm direkt oder indirekt verdient haben. Eine Alternative wäre auch die Übernahme der betroffenen Banken in öffentliches Eigentum unter demokratischer Verwaltung.

7. Noch ein Wort zum Moratorium, das jetzt immer stärker in der Diskussion der Experten eine Rolle spielt. Die griechische Regierung hätte, nachdem sie offensichtlich von den Finanzmärkten nichts mehr zu erwarten hat, ein starkes Argument, einen einseitigen Zahlungsstopp zu erklären. Die betroffenen Banken hätten auf diesem Hintergrund jedes Interesse, einer Lösung zuzustimmen, die es ermöglicht, ein kurzfristiges Abschreiben der Titel zu vermeiden. Die EU sollte ein solches, sagen wir drei- oder fünfjähriges, Moratorium verlangen bzw. mit Griechenland und den Gläubigerbanken verhandeln. Abgesehen davon, dass dies einen Spielraum für eine wirtschaftliche Erholung öffnen würde, könnte es auch eine Methode zum Umgang mit den heraufdräuenden anderen Schuldenkrisen sein. Stimmen die Banken nicht zu, so wäre Plan B ein von der EU akzeptierter – zeitlich befristeter – einseitiger Zahlungsstopp.